**Ein Europäisches Zentrum gegen
Vertreibungen. Historische Erfahrungen -
Erinnerungspolitik -
Zukunftskonzeptionen**

Veranstalter: Deutsches Polen-Institut (Darmstadt), Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (Leipzig) und Historisches Institut der Universität Warschau

Datum, Ort: 05.12.2002–07.12.2002, Darmstadt

Bericht von: Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Die Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ ist seit einigen Jahren im Gespräch. Nun trafen sich vom 5. bis zum 7. Dezember 2002 in Darmstadt erstmals mehr als vierzig Wissenschaftler und Experten aus Israel, Kosova, Serbien und Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, der Slowakei, Tschechien, der Türkei, Ungarn, den USA und Deutschland, um über die europäische Ausrichtung eines solchen Zentrums zu diskutieren. Während des wissenschaftlichen Kolloquiums „Ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen - Erinnerungspolitik - Zukunftskonzeptionen“, veranstaltet vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig, sowie dem Historischen Institut der Universität Warschau, unternahmen sie eine Bestandsaufnahme unterschiedlicher europäischer Vertreibungskomplexe im 20. Jahrhundert und stellten erste Überlegungen über eine Konzeption eines europäisch ausgerichteten Zentrums gegen Vertreibungen an. Die Tagung wurde mit finanzieller und ideeller Unterstützung der Robert Bosch-Stiftung durchgeführt.

Den einleitenden Vortrag „Nach der Rechthaberei. Umsiedlung und Vertreibung als europäisches Problem“ hielt Karl Schlögel (Frankfurt/Oder). Er plädierte für eine komplexe Aufarbeitung des „ungeheuerlichen Vorgangs“, der im 20. Jahrhundert das ganze mittlere und östliche Europa umfasste, obschon er auch die Unzulänglichkeit hinwies, ihn verbal zu fassen: „Man muss

Abschied nehmen von der Illusion, wir hätten längst den Überblick und wir hätten diese ganze Geschichte schon auf den Begriff gebracht.“ Schlögel forderte einen europäischen Diskursraum, um sich die vielfach bereits verschwundenen Geschichten von Vertreibung, Vertreibern und Vertriebenen grenzüberschreitend und interdisziplinär wiederanzueignen, auch um damit die europäische Öffentlichkeit an einen der zentralen europäischen Identitätstopoi heranzuführen. Hans Lemberg (Marburg) sekundierte ihm, indem er die Geschichtsmächtigkeit von Zwangsmigrationen in der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts unterstrich.

Die Veranstalter (Dieter Bingen, Darmstadt; Stefan Troebst, Leipzig; Włodzimierz Borodziej, Warschau) gaben zunächst Experten - z.T. aus den Vertreibungsgebieten selbst - das Wort. Dargestellt wurden die ersten Vertreibungen des modernen Europas, die auf dem Balkan mit dem Zeitalter der Nationalismen begannen, um zu gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen von Bulgaren, Türken, Griechen und anderen Völkern anzuwachsen und in der Vertreibung und Ermordung der Armenier während des Ersten Weltkriegs zu gipfeln. Schon jetzt, zu Beginn des Kolloquiums, wurde deutlich, welche Probleme terminologischer Natur bestehen: Migration, Aussiedlung, Umsiedlung, Vertreibung, Repatriierung, Vernichtung usw. - wenn schon im Deutschen noch Klärungsbedarf besteht, um Prozesse der Zwangsmigration zu beschreiben und forschungspragmatisch zu ordnen, wie komplex wird dies erst im europäischen Vergleich!

Ein weiteres Podium befasste sich mit „Zwangsmigrationen, Umsiedlungsaktionen, Massenflucht, Vertreibungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg“. Experten aus acht verschiedenen Ländern gaben knappe Überblicke über einige „Bevölkerungsverschiebungen“, sei es die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren, der Ungarn aus der Slowakei, der Deutschen aus Jugoslawien, der Polen aus den polnischen Ostgebieten, baltischer Eliten in den Archipel Gulag oder der griechischen Kommunisten nach dem Ende des Bürgerkriegs. Ein drittes Panel behandelte Aspekte des „ethnic

cleansing“ auf dem Balkan der 1990er Jahre, dessen strukturellen Parallelen zu den früheren europäischen Vertreibungen des 20. Jahrhunderts deutlich wurden. Schließlich ging es in einem vierten Podium um Ansätze für eine vergleichende Geschichte der europäischen Vertreibungen, wie sie insbesondere von Mathias Beer (Tübingen) und Philipp Ther (Berlin) engagiert eingefordert wurde. Dem besonderen Anliegen der Veranstalter, Grundlagen und Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Gedächtniskultur und konkret eines „Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen“ auszuloten, widmeten sich die beiden Podien des letzten Veranstaltungstages. Die meisten Teilnehmer waren von der Sinnhaftigkeit eines solchen Zentrums überzeugt, um Versuchungen zur nationalen Selbstbeschau und den Gefahren politischer Instrumentalisierung entgegenzuwirken. Stimmen für eine derart transnationale Herangehensweise kamen aus Polen (Krzysztof Ruchniewicz, Breslau), Tschechien (Kristina Kaiserova, Aussig), Rumänien (Victor Neumann), Kosova (Gazmend Pula) oder Israel (Gideon Reuveni, Jerusalem), natürlich auch aus Deutschland (u.a. Hans Koschnick, Bremen; Holm Sundhussen, Berlin; Stefan Laube, Wittenberg). Dabei kristallisierte sich der Bedarf nach terminologischer Klärung weiter heraus, nach einer vorbereitenden Grundlagenarbeit und Dokumentation, auf denen ein Zentrum gründen könnte. Doch gab es auch warnende Stimmen, die die Möglichkeiten der praktischen Umsetzung eines groß angelegten Zentrums des Mahnens, Forschens, der Begegnung und Dokumentation in Frage stellten und zunächst kleinere Schritte vorschlugen, wie bspw. eine europäische Wanderausstellung zum Thema (Thomas Lutz, Berlin). Grundsätzliche Einwände kamen von Helga Hirsch (Berlin), die das Recht der zweiten Vertriebenengeneration auf Therapie des Vertreibungstraumas durch die Entwicklung einer vorwiegend deutschen Erinnerungskultur forderte; Arnulf Baring (Berlin) bestritt zwar nicht den Nutzen eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibung, wollte es aber vor allem auf das deutsch-polnische Gedenken konzentrieren. Dagegen erhob sich der Widerspruch zahlreicher Anwesenden, die darauf aufmerksam machten,

dass der Versuch einer deutschen (bzw. deutsch-polnischen) Dominanz dieses im Grunde europäischen Erinnerungsdiskurses die Gefahr neuer Brüche und Auseinandersetzungen heraufbeschwöre (Kazimierz Wóycicki, Leipzig/Stettin; Adam Krzeminski, Warschau; Fikret Adanir, Bochum).

Die große Mehrzahl der Teilnehmer ging mit dem Gefühl auseinander, einen notwendigen ersten Schritt zur Konzeptualisierung eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen getan zu haben. Zur Dokumentation dieser Stimmung bündelten die drei Veranstalter des Kolloquiums, Dr. Dieter Bingen (Deutsches Polen-Institut Darmstadt), Prof. Dr. Stefan Troebst (Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Leipzig) und Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Universität Warschau), wichtige Argumente, die während der Konferenztage in die Diskussion eingebracht wurden, zu „Denkanstößen“, die im folgenden wiedergegeben werden.

Erklärung der Veranstalter:

„Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“

Denkanstöße

Austreibungsaktionen, Flüchtlingstrecken und Auffanglager sind Bestandteile eines europäischen Dramas des 20. Jahrhunderts. Über den gesamten Kontinent hinweg haben Zwangsmigrationen wie Flucht, Deportation, Verbannung, religiös und ideologisch begründete Vertreibung, sogenannte ethnische Säuberungen und Binnenvertreibung im letzten Jahrhundert über 60 Millionen Menschen ihrer Lebensumgebung beraubt und kulturelle Vielfalt unwiderruflich vernichtet. Die aus millionenfachen Einzelschicksalen zusammengesetzten Kollektivschicksale eignen sich nicht für politische Instrumentalisierung und ethnozentrische Nabelschau. Gefordert ist daher eine transnational vergleichende, multidisziplinäre sowie von kurzfristigen politischen Verwertungsinteressen freie wissenschaftliche Aufarbeitung in einem der europäischen Erinnerungskultur verpflichtenden Diskurs.

Breiter Konsens bestand in folgenden Punkten:

- Die Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen sollte in der weiteren wissenschaft-

lichen wie vor allem politischen Diskussion nicht national zentriert, sondern gesamteuropäisch gedacht werden. Nur unter dieser Voraussetzung könnte das Zentrum den Zweck erfüllen, gemeinsam - europäisch - an das Schicksal der von Vertreibungen Betroffenen zu gemahnen.

- Ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen - in welcher Gestalt auch immer - sollte das Schicksal der Opfer im Europa des 20. Jahrhunderts würdigen, also in einem Zeitraum, der von den heute lebenden Generationen erinnert wird. Die Ereignisse auf dem Balkan im vergangenen Jahrzehnt haben deutlich gemacht, dass ethnische Säuberungen oder Vertreibungen noch immer ein Mittel der politischen Auseinandersetzungen sind. Ein Zentrum gegen Vertreibungen müsste daher auch dazu beitragen, dass die Errichtung ethnisch homogener Zonen, Regionen, Städte und Staaten nicht als legitimes Mittel der Politik akzeptiert wird. So wichtig die Auseinandersetzung mit den deutschen Vertriebenen-schicksalen gerade auch für die deutsche Gesellschaft und die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung ist, so sollte andererseits vermittelt werden, dass bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts Millionen Menschen in Europa von ihren europäischen Nachbarn aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, und die Zwangsmigration von Deutschen bereits mit der Politik der nationalsozialistischen Führung gegenüber den jüdischen Deutschen 1933 dekretiert und exekutiert wurde und mit den Südtirolern und Deutsch-Balten nach 1938/39 fortgesetzt wurde.

- Deutsche Erinnerungskultur, die sich nicht in den historischen Kontext von Ursache und Wirkung stellt und nicht im Bewusstsein der vergleichbaren Einzelschicksale der Vertriebenen im Europa des 20. Jahrhundert erinnert, muss mit ihrem von den europäischen Nachbarn Empathie einfordernden Anspruch scheitern und reißt neue Gräben zwischen den Völkern auf.

- Die Vertreibung der Deutschen galt im deutsch-polnischen Verhältnis über Jahrzehnte als offene Wunde. Der Dialog zwischen Deutschen und Polen in den neunziger Jahren hat bewiesen, dass eine gemeinsame Aufarbeitung dieses emotional belastenden The-

mas nicht nur möglich ist, sondern befreiend wirkt.

- Das Hauptanliegen einer sich entwickelnden gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur um den Komplex der Vertreibungen ist nicht die Mahnung um der Erinnerung willen, sondern der zukunftsorientierte, pädagogische Aspekt der wissenschaftlich fundierten Darstellung und mehrdimensionalen Vermittlung der historischen, politischen, sozialen und psychologischen Mechanismen, die in der Vergangenheit zu den tragischen Ereignissen und Verbrechen geführt haben, und die Prävention angesichts zukünftiger Versuchungen, politische Probleme durch ethnische Säuberung und Massenumsiedlung zu lösen.

- In einem historischen Moment, in dem die politische Vereinigung Europas sich mit der Aufnahme von weiteren Mitgliedern in die Europäische Union ihrer Verwirklichung nähert, beruht die erfolgreiche Prävention gegen das Wiederaufleben von Ethnonationalismus wesentlich auf der Anerkennung der übernationalen Werte durch die Gesellschaften und Bürger Europas.

- Das Zentrum kann nicht ohne die Thematisierung der Aufhebung der bürgerlichen Rechte, Flucht, Vertreibung und Vernichtung der europäischen Juden gedacht werden. Nur ein Zentrum, das die Rolle des nationalsozialistischen Deutschlands als des Verursachers von Vertreibung, Umsiedlung, Liquidierung von Völkern mit allen Mitteln der Technik und logistischer Präzision darstellt, wird das Verständnis der europäischen Nachbarn für das tragische Schicksal der Deutschen im Osten und Südosten Europas und die Kooperationsbereitschaft bei der Konzipierung eines europäisch orientierten Zentrums gewinnen.

- Die jeweiligen historischen Hintergründe und Zusammenhänge von Fluchtbewegungen, Vertreibungen und zwangsweisen Umsiedlungen waren sehr verschieden - das Leid der betroffenen Menschen dagegen ähnelt sich sehr. Wenn es gelänge, gemeinsam den schwierigen, emotional stark besetzten Komplex der Vertreibungen aufzuarbeiten, wäre dies für die Zukunft Europas ein wichtiges Signal.

- Ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen zu fordern, heißt zu allererst, über die Konzeption eines solchen Zentrums nachzu-

denken und in einen europäischen Diskurs über dessen mögliche Inhalte einzutreten.

- Ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen sollte folgende Funktionen haben:

- Dokumentation;

- Forschung;

- Konferenz;

- Beratung bei der konstruktiven Bearbeitung solcher Konflikte, in denen Vertreibungen stattgefunden haben;

- Ort des Dialogs der Opfer/Täter über noch nicht „verarbeitete“ Vertreibungen;

- Ausstellung/Wanderausstellung;

- Mahnbereich - europäisches Denkmal.

- Die Wahl des Ortes erscheint gegenüber einer schlüssigen und überzeugenden Konzeption eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen sekundär, stellt aber angesichts der auch in Fachkreisen und im politischen Raum diskutierten Plätze und des unvermeidlichen Symbolgehalts der Ortswahl, die immer auch als Teil einer Konzeption verstanden werden muss, ein nicht zu unterschätzendes Politikum dar.

- Die gemeinsame europäische Erinnerung und Mahnung für die Zukunft, die Solidarität des Gedenkens, könnte durch die Entwicklung einer Konzeption dezentraler Struktur von Gedenkstättenarbeit gefördert werden. Ausgehend von einem zentralen, bündelnden Ort sollte ein Überblick über die zahlreichen Vertreibungsorte und vielfältigen Aktivitäten vom russländischen Karelien bis Nordgriechenland, von Bessarabien bis Niederschlesien, geschaffen und könnten die Möglichkeiten einer virtuellen Vernetzung genutzt werden.

Darmstadt, den 7.12.2002

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums:

Prof. Dr. Fikret Adanir, Bochum /Istanbul

Prof. Dr. Arnulf Baring, Berlin

Johannes Bauch, Botschafter a.D., Berlin

Dr. Mathias Beer, Tübingen

Dr. Dieter Bingen, Darmstadt

Sonja Biserko, Belgrad

Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Warschau

Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Brandes, Düsseldorf

Dr. Marie-Janine Calic, Berlin

Prof. Dr. Heinz Duchhardt, Mainz

Dr. Aleksandr Gur'janov, Moskau

Dr. Helga Hirsch, Berlin

Prof. Dr. Richard G. Hovannisian, Los Angeles

Dr. Edita Ivanicková, Bratislava

Zoran Janjetovic, M.A., Belgrad

Doz. Dr. Kristina Kaiserová, Ústí nad Labem

Hans Koschnick, Bürgermeister a.D., Bremen

Adam Krzeminski, Warschau

Dr. Stefan Laube, Wittenberg

Dr. Andreas Lawaty, Lüneburg

Prof. Dr. Hans Lemberg, Marburg

Thomas Lutz, Berlin

Markus Lux, M.A., Stuttgart

Dr. hab. Piotr Madajczyk, Warschau

Dr. Ralph Melville, Mainz

Prof. Dr. John S. Micgiel, New York

Prof. Dr. Victor Neumann, Timisoara

Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Oberländer, Bonn

Dr. Milan Olejník, Košice

Dr. Peter Payer, Aichwald

Dr. Gazmend Pula, Prishtina

Dr. Gideon Reuveni, Jerusalem / München

PD.Dr. Joachim Rogall, Stuttgart

Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Breslau

Prof. Dr. Karl Schlögel, Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Holm Sundhausen, Berlin

Dr. László Szarka, Budapest

Dr. Philipp Ther, Berlin

Dr. Robert Traba, Warschau

Dr. Heinz-Adolf Treu, Darmstadt

Prof. Dr. Stefan Troebst, Leipzig

Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt, Görlitz-Klingewalde

Dr. Kazimierz Wóycicki, Leipzig

Prof. Dr. Klaus Ziemer, Warschau

Prof. Dr. Marek Zybura, Oppeln

Tagungsbericht *Ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen - Erinnerungspolitik - Zukunftskonzeptionen*. 05.12.2002–07.12.2002, Darmstadt, in: H-Soz-Kult 12.12.2002.